



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 49'725
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.84
Abo-Nr.: 1077523
Seite: 2
Fläche: 22'469 mm²

In den Berner Schulen ist das Kopftuch kein Thema mehr

Der Kanton regelt in einem Leitfaden den Umgang mit dem Kopftuch an Schulen. Politisch hatte ein Verbot bisher keine Chance.

Adrian Schmid

Von Deutschland und Frankreich her kommend, schwappte die Kopftuchdebatte im Jahr 2003 auf die Schweiz über. Der Grenchner Stadtpräsident Boris Banga (SP) forderte ein Kopftuchverbot für seine Schulen und stach damit in ein Wespennest. In der Folge wurde auch im Kanton Bern zum Teil heftig diskutiert. Der damalige GFL-Grossrat Lorenz Kunz aus Diemtigen verlangte von der Regierung Auskunft über die «religiös-fundamentalistische Praxis und deren Existenz an bernischen Schulen», wie er im Titel seines Vorstosses festhielt. Erziehungsdirektor Mario Annoni (FDP) sagte daraufhin, dass nur vereinzelt Schülerinnen ein Kopftuch tragen würden. Von einem Verbot wollte er nichts wissen.

Unterdessen haben sich die Wogen zumindest in den Schulen wieder geglättet. «Das Kopftuch ist kein Thema mehr», sagt Johannes Kipfer, Stellvertreter des Vorstehers des kantonalen Volksschulamtes, auf Anfrage. Das Kopftuch sei zum Alltag geworden. Weder Schülerinnen und Schüler noch Lehrpersonen würden sich heute umdrehen, wenn ein Mädchen ein Kopf-

tuch trage. Die Schulen im Kanton Bern würden einen toleranten Umgang pflegen. «Sie haben Wege gefunden, mit den Fragen einer multikulturellen Gesellschaft umzugehen», so Kipfer weiter. Die Schulen würden dadurch eine wichtige Integrationsleistung vollbringen.

Heute hat die Erziehungsdirektion denn auch keine Anfragen mehr von den Schulen betreffend den Umgang mit dem Kopftuch. Gelegentlich erkundigen sich Schulen noch bezüglich der Handhabung im Schwimmunterricht. Kipfer führt diese Entwicklung auf einen Leitfaden zum Umgang mit kulturellen und religiösen Symbolen und Traditionen zurück, welcher von der Erziehungsdirektion im Jahr 2008 herausgegeben wurde.

In diesem Leitfaden halten die Verantwortlichen fest, dass der Kanton Bern keine verbindliche Empfehlung zur Bekleidung oder Kopfbedeckung erlassen habe. «Schülerinnen und Schüler dürfen Kippa, Kopftuch, Kreuzifixe oder religiös motivierte Frisuren tragen», heisst es. Der Toleranz sind aber Grenzen gesetzt. Wenn die Schule ihren Bildungsauftrag aufgrund von religiösen Vorschriften nicht wahrnehmen könne, dürfe die Schulkommission oder die Schulleitung die Bekleidungsfreiheit beschränken. Als Beispiele erwähnt die Erziehungsdirektion die Ganzkörperverschleier Tschador und Burka. Diese würden die Kommunikation und Bewegungsfreiheit der Schülerinnen einschränken.

Grosser Rat sagte mehrmals Nein

Auf dem politischen Parkett wurde die Kopftuchfrage im Kanton Bern letztmals in den Jahren 2010 und 2011 behandelt. Der Grosse Rat hat damals drei Vorstösse abgelehnt. Daniel Steiner (EVP, Langenthal) forderte ein Verschleierungsverbot in öffentlichen Einrichtungen. Erich Hess

(SVP, Bern) nahm zwei Anläufe. Einmal verlangte er ein Verschleierungsverbot in der Verwaltung. Beim zweiten Mal versuchte er, ein allgemeines Kopfbedeckungsverbot in den Schulzimmern durchzusetzen. Für diese Idee konnte er am Ende allerdings nur gerade zwei weitere Grossräte gewinnen.

Trotz diesem klaren Verdikt ist für Hess die Angelegenheit nicht vom Tisch. «Jetzt müssen wir die notwendigen Massnahmen mittels einer kantonalen Gesetzesänderung ergreifen», sagt er nach dem gestrigen Bundesgerichtsentscheid. Hess spricht damit an, was auch die Richter in Lausanne geltend machen: Für ein Kopftuchverbot braucht es eine gesetzliche Grundlage. Hess will das Kopftuch jedoch frühestens in einem Jahr, in der nächsten Legislatur, wieder aufs Tapet bringen. Schliesslich kann er in einer laufenden Legislaturperiode nicht zweimal den gleichen Vorstoss einreichen. Eine Volksinitiative ist für Hess «aktuell kein Thema», da man die Kräfte auf den Abstimmungskampf für die Einbürgerungsinitiative der Jungen SVP konzentrieren wolle.